

PRESSEINFORMATION

11. September 2018

Vor Juncker-Rede zur Lage der Union

Brexit brennt Branche unter den Nägeln

- Chemieindustrie wäre von unkontrolliertem Brexit besonders stark betroffen
- Umfrage: Chemie- und Pharmaunternehmen befürchten mehrheitlich Beeinträchtigungen für das Geschäft und negative Folgen für die Lieferketten

Der Verband der Chemischen Industrie (VCI) weist im Vorfeld der Rede zur Lage der Union von EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker noch einmal auf die große Bedeutung des Brexit für die Branche hin. VCI-Hauptgeschäftsführer Utz Tillmann betont: „Die Geschäftserwartungen unserer Unternehmen trüben sich ein. Die ungelösten Probleme zwischen Brüssel und London für den in gut 6 Monaten stattfindenden Brexit spielen dabei eine maßgebliche Rolle.“

Chemieindustrie stark europäisch integriert: Beispiel REACH

Ein unkontrollierter Brexit hätte für die chemisch-pharmazeutische Industrie unmittelbare und schwerwiegende Folgen. Als ein Beispiel, wo der Branche große Probleme ins Haus stehen könnten, nannte Tillmann die EU-Chemikalienverordnung REACH. Die Gesetzgebung für chemische Stoffe und Produkte hat sich in den letzten 15 Jahren in der EU dynamisch entwickelt: „Durch einen unkontrollierten Brexit dürfen alle chemischen Stoffe, die im Vereinigten Königreich für den Vertrieb in der EU registriert wurden, unmittelbar nicht mehr ohne Weiteres in der EU verkauft werden. Das hätte gravierende Auswirkungen auf die Lieferketten.“

Umfrage zeigt Brexit-Besorgnis der Branche

Tillmann verweist in diesem Zusammenhang auf eine Umfrage im Rahmen der VCI-Fachveranstaltung „Brexit und REACH“. Die Unternehmensvertreter bestätigten dabei mit großer Mehrheit, dass ihre Geschäfte von einem unkontrollierten Brexit beeinträchtigt würden. 92 Prozent gaben an, dass Übergangsregelungen für das Chemikalienrecht nötig seien. Die Branche bereitet sich deshalb auf den Austritt Großbritanniens aus der EU vor: Fast alle

Unternehmen, so die Umfrage, haben bereits Maßnahmen ergriffen oder planen aktuell Maßnahmen, um ihre Lieferketten für den Fall eines unkontrollierten Brexit abzusichern. Dass die Möglichkeiten hier aber begrenzt sind, zeigen die Antworten auf eine andere Frage: 78 Prozent der Unternehmensvertreter befürchten dennoch Nachteile für ihre Kunden.

Die Umfrage hat auch gezeigt, dass für die große Mehrheit (77 Prozent) der anwesenden Unternehmensvertreter die Einheit Europas entscheidend ist. Nur knapp ein Viertel der Umfrage-Teilnehmer würde ein Verhandlungsergebnis akzeptieren, bei dem sich die Briten Rosinen aus dem Kuchen picken.

Chemie hofft auf Verhandlungslösung

Der VCI-Hauptgeschäftsführer hofft aber, dass sich EU und Großbritannien noch rechtzeitig auf ein Verhandlungsergebnis einigen. Tillmann: „Für die chemisch-pharmazeutische Industrie und unsere Kundenbranchen ist eine Einbindung Großbritanniens in die EU-Chemikalienbehörde ECHA auch nach dem Brexit enorm wichtig. Eine entsprechende Regelung sollte bereits in die Leitlinien über das zukünftige Verhältnis aufgenommen werden.“

Tillmann fordert aber auch Vorkehrungen für einen unkontrollierten Brexit. Übergangsregeln oder zumindest Back-up-Maßnahmen für das Chemikalienrecht seien unverzichtbar. Die Politik sei daher aufgefordert, mit entsprechenden Regelungen die schlimmsten Auswirkungen zu verhindern.

Der VCI vertritt die wirtschaftspolitischen Interessen von rund 1.700 deutschen Chemieunternehmen und deutschen Tochterunternehmen ausländischer Konzerne gegenüber Politik, Behörden, anderen Bereichen der Wirtschaft, der Wissenschaft und den Medien. Der VCI steht für mehr als 90 Prozent der deutschen Chemie. Die Branche setzte 2017 über 195 Milliarden Euro um und beschäftigte rund 453.000 Mitarbeiter.

Kontakt: VCI-Pressestelle, Telefon: 069 2556-1496, E-Mail: presse@vci.de
<http://twitter.com/chemieverband> und <http://facebook.com/chemieverbandVCI>